



Gerold Reichenbach, MdB

© Corinna van den Brink

29.03.2016: Reichenbach freut sich über Planfeststellung

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach zeigt sich erfreut über die Mitteilung des Eisenbahnbundesamtes, dass der Planfeststellungsbeschluss zur Beseitigung der Bahnübergänge 3/3a in Gustavsburg aus dem Jahr 2015 Bestandskraft habe.

Damit seien die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, kommendes Jahr mit dem Bau der KFZ-Unterführungen zu beginnen, für die sich Reichenbach an der Seite von Bürgermeister Richard von Neumann einsetzt habe. Schrankenschließzeiten von bis zu acht Stunden pro Tag seien eine unzumutbare Belastung für Anwohner und Verkehrsteilnehmer. Diese gehörten hoffentlich bald der

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin
Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156
Mail:
gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:
<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:
Eva Kallweit

V.i.S.d.P.:
Gerold Reichenbach, MdB

29.03.2016: Bürgerschaftliches Engagement und Berufsfunktionieren Hand in Hand: Die Initiative „SMA'ler packen an“ zeigt wie

Auf ein positives Beispiel von Unternehmen, die sich sozial engagieren, verwiesen jetzt die hessischen SPD-Abgeordneten Ulrike Gottschalck, in deren nordhessischen Wahlkreis das Unternehmen seinen Sitz hat, und Gerold Reichenbach, Berichterstatter für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Der weltweit bekannte Hersteller von Wechselrichtern für Photovoltaikanlagen und größter Arbeitgeber in Nordhessen, die Firma SMA Solar Technology AG, hat eine eigene Initiative „SMAler packen an“ ins Leben gerufen, um das „Humankapital“ des Unternehmens dem Bürgerschaftlichen Engagement zugänglich zu machen. „Diese Idee könnte Vorbild für andere größere Unternehmen sein, die sich im Sinne ihrer Unternehmensverantwortung gesellschaftlich engagieren wollen“, hoffen die beiden hessischen Abgeordneten.

Das Hauptaugenmerk der Initiative liegt auf der engen Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen vor Ort, um genau dort Hilfe leisten zu können, wo sie am dringendsten benötigt wird. Über eine interne Plattform im Intranet der Firma können tagesaktuelle Bedarfe der Hilfsorganisationen in vier unterschiedlichen Kategorien – Sprache, Soziales, Sachspenden und Sonstiges – eingesehen werden. Die SMAler können sich so informieren, wie sie zielgerichtet helfen können. Insbesondere die Johanniter in Calden und Lohfelden konnten so bereits unterstützt werden. Sachspenden in Form von Heften, Stiften und Deutschbüchern ermöglichen Lern- und Bastelstunden mit Kindern. Aber auch Winterkleidung und andere Sachspenden wie Kinderwagen, Fahrräder oder auch Möbel haben ihren Weg zu einigen Flüchtlingen gefunden.

Um das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu honorieren, bietet die SMA Solar Technology AG einen Extraurlaubstag im Jahr zum Ausgleich an. Darüber hinaus bietet die Firma für je zwei syrische Flüchtlinge Orientierungspraktika für 12 Wochen.

„Diese Verzahnung der vielen unterschiedlichen Ebenen auf denen Integration angegangen werden muss, ist das Besondere an diesem Projekt“, stellt der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach fest. Ulrike Gottschalck, sieht den Umgang des Unternehmens mit seiner gesellschaftlichen Verantwortung als zukunftsweisend. "Die Flüchtlingskrise zeigt mehr denn je, wie sehr Staat und Gesellschaft

Vergangenheit an, so Reichenbach.

"Die Beseitigung der Bahnübergänge sowie die Trennung von Radfahrern und Fußgängern vom Kraftfahrzeugverkehr werden nicht nur eine erhebliche Verbesserung des Verkehrsablaufes sondern auch einen enormen Zugewinn an Verkehrssicherheit und Umweltentlastung bedeuten", freut sich Reichenbach abschließend.

18.03.2016: Frauen haben ein Recht auf mehr!

Frauen erhalten im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger Lohn oder Gehalt als Männer. Deshalb wird am 19. März 2016 zum 8. Mal in Folge der Equal-Pay-Day in Deutschland begangen.

Der Abgeordnete Gerold Reichenbach: „Leider müssen wir auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen auch dieses Jahr wieder mit dem Equal Pay Day hinweisen. In Zukunft möchte ich diesen Tag aber gerne aus meinem Kalender streichen. Das Schließen der Lohnlücke ist eine Frage der Gerechtigkeit.“

Seit über 50 Jahren gilt das Gebot der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer. Doch die Praxis sieht immer noch anders aus: Zwar ist die Lohnlücke nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2014 auf 2015 leicht von 22 auf 21 Prozent gesunken. Einer der Gründe dafür könnte in der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns liegen, von dem überwiegend Frauen im Niedriglohnbereich profitieren, vermutet der Abgeordnete Reichenbach. Dennoch müssen Frauen nach wie vor zweieinhalb Monate mehr arbeiten, um auf das durchschnittliche Jahresentgelt von Männern zu kommen.

„Ohne gesetzliche Maßnahmen wird sich daran leider nichts

auf die Zivilgesellschaft und das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Ich hoffe sehr, dass Projekte wie diese, die die berufliche Tätigkeit mit der ehrenamtlichen zusammenbringen, auch in anderen Teilen Deutschlands Schule machen werden“, resümiert die Sozialdemokratin abschließend.

22.03.2016: Aktuelle Förderungen im Kreis Groß-Gerau des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“

Gerold Reichenbach begrüßt das am 1. Januar 2016 gestartete Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, von dem auch Gemeinden im Kreis Groß-Gerau in großem Umfang profitieren.

„Denn Sprache ist der Schlüssel zur Welt“, so der SPD-Abgeordnete. Mit dem Programm unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die alltagsintegrierte sprachliche Bildung in Kitas. Es richtet sich hauptsächlich an Einrichtungen, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf besucht werden. Die Kita-Teams werden durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung verstärkt, die direkt in der Kita tätig sind. Diese beraten, begleiten und unterstützen die Kita-Teams bei der Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, inklusiven Pädagogik und Zusammenarbeit mit Familien. Zusätzlich finanziert das Programm eine Fachberatung, die kontinuierlich und prozessbegleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützt. Der SPD-Abgeordnete Reichenbach freut sich über die Förderung und Bewilligung von 18 Kindertageseinrichtungen für den Kreis Groß-Gerau. Im Einzelnen sind dies fünf in Rüsselsheim, fünf in Kelsterbach, eine in Stockstadt, vier in Raunheim und drei in Mörfelden-Walldorf.

Name der Einrichtung	PLZ	Ort	Straße	Status
Ev. Kita Friedensgemeinde Kelsterbach	65451	Kelsterbach	Brandenburger Weg 7	bewilligt
Kinderhaus Don Bosco	65451	Kelsterbach	Walldorfer Str. 2a	bewilligt
Kindertagesstätte Bensheimer Str.	65428	Rüsselsheim	Bensheimer Str.72	bewilligt
Kindertagesstätte Hessenring	65428	Rüsselsheim	Hessenring 97	bewilligt
Kindertagesstätte Paul-Ehrlich-Str.	65428	Rüsselsheim	Paul-Ehrlich-Str. 25	bewilligt
Kindertagesstätte Sachsenweg	65428	Rüsselsheim	Sachsenweg 8	bewilligt
Kindertagesstätte St. Martin	65451	Kelsterbach	Pfarrgasse 4	bewilligt
Kita der Ev. Christuskirchengemeinde	65451	Kelsterbach	Elbestr. 28	bewilligt
Kita Drachenland	65479	Raunheim	Pfarrer-Heyer-Weg 10	bewilligt
Kita FarbenFroh	65479	Raunheim	Am Stadtzentrum 2A	bewilligt
Kita Regenbogen	65479	Raunheim	Am Stadtzentrum 2B	bewilligt
Kita Sterntaucher	65479	Raunheim	Oderstr. 73	bewilligt
Kita VI, Parkstraße	64546	Mörfelden-Walldorf	Parkstraße 24	bewilligt
Kita VII, Kollwitzweg	64546	Mörfelden-Walldorf	Kollwitzweg 20	bewilligt
Kita X, Grünewaldweg	64546	Mörfelden-Walldorf	Grünewaldweg 33	bewilligt
Ev. Kindertagesstätte Arche Noah	64589	Stockstadt am Rhein	Rheinstr. 30	bewilligt
Kindertagesstätte Frankfurter Straße	65428	Rüsselsheim	Frankfurter Str. 80	bewilligt
Kindertagesstätte St. Markus	65451	Kelsterbach	Gerauer Str. 1	bewilligt

Übersicht der Einrichtungen, die im Rahmen des Programms gefördert werden.

ändern", ist sich Reichenbach sicher: „Ich unterstütze deshalb die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig in ihrem Vorhaben für das Lohnngerechtigkeitsgesetz, mit dem wichtige Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden.“ Dazu gehörten transparente und nachvollziehbare Entgeltstrukturen, betriebliche Verfahren zur Überprüfung von Entgeltgleichheit und eine Berichtspflicht für große Unternehmen über Frauenförderung und Entgeltgleichheit.

Für den Sozialdemokraten Reichenbach ist klar: „Das Gesetz muss jetzt schnell kommen. Frauen haben seit über fünf Jahrzehnten ein Recht auf Entgeltgleichheit. Diesem Grundsatz müssen wir endlich gerecht werden. Frauen haben ein Recht auf mehr!“



16.03.2016: Bundesverkehrswegeplan 2030 in Berlin vorgestellt – Gerold Reichenbach enttäuscht: Die Ortsumgehung Dornheim nicht mehr im vordringlichen Bedarf!

Gerold Reichenbach bedauerte, dass die Ortsumgehung Dornheim nicht mehr im vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplanes enthalten ist. Er selbst hatte vor der Erstellung noch einmal den Minister angeschrieben und dringend darum gebeten, die Maßnahme im vordringlichen Bedarf zu halten, da die

17.03.2016: Reichenbach lädt politisch Interessierte nach Berlin ein

Zum ersten Mal in diesem Jahr konnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach rund 40 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Groß-Gerau im Rahmen einer politischen Informationsfahrt nach Berlin einladen. Dabei standen neben Veranstaltungen zur Politik und Gesellschaft während der Deutschen Teilung auch Programmpunkte zum aktuellen politischen Geschehen in der Hauptstadt auf der Agenda. Nach der Anreise am Dienstag startete das Programm am Abend mit einem Besuch des Bundeskanzleramtes. Im Rahmen einer Führung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Architektur und Bedeutung des Hauses informiert. Der zweite Tag stand voll und ganz im Zeichen der Deutschen Teilung. Neben der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi, besuchte die Gruppe am Nachmittag das Stasi-Museum in der Normannenstraße. „Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig herauszuarbeiten, welche Bedeutung Freiheit, Offenheit und Toleranz für eine Gesellschaft haben. Die heutigen Eindrücke über die DDR als Unrechtsstaat und die bewegenden Schicksale der Regimegegner sollte uns alle dazu bewegen, für Demokratie und Menschlichkeit zu kämpfen“, so ein Teilnehmer. Am Donnerstag rückte die aktuelle Politik in den Fokus. Neben der Besichtigung des Plenarsaals im Reichstagsgebäude hatte die Gruppe Gelegenheit, in einem Gespräch mit Mitarbeitern von Gerold Reichenbach mehr über dessen Arbeit zu erfahren. Im Anschluss besuchte die Gruppe das Auswärtige Amt und erhielt aus erster Hand Informationen zur deutschen Außen- und Europapolitik. Bevor am Freitag die Heimreise anstand, besuchte die Gruppe die Bundeszentrale für politische Bildung. In einer lebendigen Diskussion stritt die Gruppe über Themen wie das NPD-Verbotsverfahren und politischen Extremismus. „Das abwechslungsreiche und inhaltsreiche Programm gab uns einen beeindruckenden Einblick in die Geschichte Berlins und die Arbeit des Bundestags. Das hat sowohl meine Vorstellung von Berlin als auch meinen Blick auf die deutsche Geschichte nachhaltig verändert“, so eine Teilnehmerin zum Ende der Reise.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BPA-Fahrt auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes,
© Arge GF-BT GbR

Die politischen Informationsfahrten sollen den Teilnehmern die Geschichte Deutschlands und die Abläufe des Bundestages näher bringen. Drei Mal im Jahr kann jeder Bundestagsabgeordnete 50 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einer politischen Informationsfahrt nach Berlin einladen.

Belastung durch die Ortsdurchführung den Bürgern nicht mehr zuzumuten sei.

Gerold Reichenbach bedauerte, dass die Ortsumgehung Dornheim nicht mehr im vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplanes enthalten ist. Er selbst hatte vor der Erstellung noch einmal den Minister angeschrieben und dringend darum gebeten, die Maßnahme im vordringlichen Bedarf zu halten, da die Belastung durch die Ortsdurchführung den Bürgern nicht mehr zuzumuten sei.

Jetzt räche sich auch, dass Bürgermeister Sauer aus parteitaktischen Gründen das Angebot des SPD-Landtagsabgeordneten Gerald Kummer gemeinsam an einem Runden Tisch für die Sache zu kämpfen, abgelehnt habe. Trotzdem will Reichenbach nicht aufgeben und mit seiner Fraktion und der zuständigen Berichterstatteerin aus Hessen Birgit Kömpel versuchen, in den jetzt anstehenden parlamentarischen Beratungen die Einschätzung des Ministeriums noch einmal zu korrigieren.

Er werde deshalb auch noch einmal auf seinen CDU-Kollegen zugehen, um hier gemeinsam für die Dornheimer Bürger tätig zu werden, denn entscheidend sei am Ende für die Bürger nicht die Frage, wer sich mehr für die Maßnahme eingesetzt habe, sondern dass sie kommt!

16.03.2016: Bundesverkehrswegeplan 2030 in Berlin vorgestellt – Gerold Reichenbach hoch erfreut: Die Ortsumgehung Mörfelden-Walldorf kommt!

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach freut sich, dass die Ortsumgehung Mörfelden-Walldorf im heute von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgelegten Arbeitsentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) weiterhin in der Kategorie „vordringlicher Bedarf“ eingestuft ist. Reichenbach: „Die hohe Priorisierung des Projektes im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist ein wichtiges Signal für die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur in unserer Region. Ich möchte allen danken, die sich mit mir dafür eingesetzt haben, dass es nun vorangeht.“ Die gute Bewertung der Maßnahme mache deutlich, welche Bedeutung die Ortsumgehung Mörfelden-Walldorf nicht nur für die Region, sondern für die Gesamtnetzplanung des Bundes hat. Laut Reichenbach ist der Bundesverkehrswegeplan eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte dieser Wahlperiode. Mit ihm werden für die kommenden 15 Jahre die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt. Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft sind, haben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit bis 2030 realisiert zu werden. „Mit der guten Bewertung der Ortsumgehung Mörfelden-Walldorf im Bundesverkehrswegeplan wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht. Ich werde mich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass wir die entsprechenden Ausbaugesetze noch in diesem Jahr verabschieden können. Wenn es uns gelingt, zügig Baurecht herzustellen und die Finanzierung sicherzustellen, rückt der Baubeginn in greifbare Nähe“, so Reichenbach abschließend.

Bezahlbares Wohnen und Bauen - 350.000 neue Wohnungen pro Jahr

In Deutschland gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum, das trifft vor allem Menschen mit niedrigem und durchschnittlichem Einkommen. Viele sind vom sozialen Wohnungsbau abhängig. Die Regierungskoalition, und vor allem die SPD, hat sich diesem Problem angenommen, lange bevor das Thema durch den Flüchtlingszuzug verschärft wurde und in die Schlagzeilen geraten ist. Um den Druck auf den Wohnungsmarkt zu verringern und neue bezahlbare Wohnungen zu schaffen, hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) bereits im Juli 2014 ein gemeinsames Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie der Wohnungs- und Bauwirtschaft ins Leben gerufen. In der vergangenen Sitzungswoche des Bundestags berieten wir im den Bündnis-Bericht, der Handlungsempfehlungen aufzeigt, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum schnell zu decken. Kern des Berichtes ist das 10-Punkte-Programm für eine Wohnungsbauoffensive, das unter anderem die Bereitstellung von Bauland, steuerliche Anreize, eine Vereinfachung von Bauvorschriften sowie Mittel für den sozialen Wohnungsbau vorsieht. Angesichts zu geringer Neubautätigkeit, starker Binnenwanderungen und dem Flüchtlingszuzug ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen mit kleinen und mittleren Einkommen nochmals gestiegen. Ziel ist es, in Zukunft jährlich mindestens 350.000 Wohnungen fertigzustellen. Dafür sollen auf allen föderalen Ebenen Hemmnisse beseitigt und Bauanreize gesetzt werden.